

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Bildungsausschuss**

22. Sitzung (öffentlicher Teil)

am Donnerstag, dem 7. Februar 2002, 14:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

Vorsitzender

Rolf Fischer (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Helmut Jacobs (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Sylvia Eisenberg (CDU)

Jost de Jager (CDU)

Caroline Schwarz (CDU)

Gero Storjohann (CDU)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Weitere Abgeordnete**

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Schüler Helfen Leben</b>	5
<b>2. Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf</b>	6
<b>3. a) Machbarkeitsstudie zur Ausweisung des Gebietes des Nationalparks Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer als Weltkulturerbe</b>	7
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/1249 Abs. 2 und 3	
<b>b) Machbarkeitsstudie zur Ausweisung des Gebietes des Nationalparks Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer als Weltkulturerbe</b>	
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1354	
<b>4. Entwicklung der Museen in Schleswig-Holstein</b>	8
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1169	
<b>5. Stand und Perspektiven von Denkmalschutz und Denkmalpflege in Schleswig-Holstein</b>	9
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1320	
<b>6. Ausschussreise</b>	10
<b>7. Kosten von Klassenfahrten</b>	11
hierzu: Schreiben von Gymnasiallehrer Wolfgang Hell vom 19. Dezember 2001	
<b>8. Altersteilzeit für beamtete Lehrkräfte in Nordschleswig</b>	12
(Fortsetzung der Beratung vom 17. Januar 2002)	
<b>9. Bericht über die Genehmigung des Studienganges „Life-Science-Management“ an der Fachhochschule Flensburg</b>	13
(auf Antrag der Abgeordneten Weber, de Jager und Spoorendonk)	

- 10. Regionale Berufsbildungszentren (RBZ) - Stand des Verfahrens, Darstellung der Stellungnahmen der einzelnen Verbände in schriftlicher Form (Nennung von Daten bezüglich Anhörungsende zu der Konzeptstudie der Landesregierung und Bewerbungsende für die Beruflichen Schulen zwecks Teilnahme am Pilotprojekt RBZ)** 13

(auf Antrag der Abgeordneten Eisenberg)

- 11. Verschiedenes** 14

- 12. Eingabe 620-15-c** 15  
**Schulwesen; Schwerbehindertenvertretung**

Schreiben des Eingabenausschusses vom 23. Oktober 2001  
interner Umdruck 15/1560

nicht öffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 2 LV i.V.m. § 17 Abs. 1 Satz 2  
GeschO

Der Vorsitzende, Abg. Dr. von Hielmcrone, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Schüler Helfen Leben**

Inga Petersen und Florian Schwarz berichten über die Aktivitäten von „Schüler Helfen Leben“ zur Friedens- und Versöhnungsarbeit auf dem Balkan (Aufbau eines Jugendzentrums und von Schulen im Kosovo, Aufbau von Schülervvertretungen, Informationskampagne zur Durchsetzung des Rechts auf Zivildienst) und werben für die Teilnahme am dritten Sozialen Tag am 18. Juni 2002, an dem sich erstmals auch Schülerinnen und Schüler aller Schularten aus Niedersachsen beteiligen.

Der Ausschuss würdigt das soziale Engagement der Jugendlichen auf dem Balkan und bedankt sich für deren Einsatz zur Völkerverständigung.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf**

hierzu: Umdrucke 15/1778, 15/1811

M Erdsiek-Rave teilt mit, dass der nach § 6 des Errichtungsgesetzes vom Stiftungsrat dem Landtag zu erstattende Tätigkeitsbericht vorliege und unmittelbar dem Kabinett zugeleitet werde. Die Gründe für die Verzögerung der Vorlage des Berichts, der mehrfach angemahnt worden sei, schriftlich zum ersten Mal am 27. Juni 2001, lägen in einer Fülle von Umstrukturierungsmaßnahmen und Neukonzeptionen in der Startphase der Stiftung. Im Stiftungsrat sei allerdings Einigkeit dahin erzielt worden, dass der jährliche Tätigkeitsbericht dem Landtag ab sofort zur Jahresmitte und damit rechtzeitig vor den Haushaltsberatungen vorgelegt werde. Auf eine Frage von Abg. Schwarz legt die Ministerin Wert auf die Feststellung, dass nach § 12 der Satzung der jährliche Tätigkeitsbericht vom Stiftungsvorstand vorzubereiten und dem gesamten Stiftungsrat zur Genehmigung vorzulegen sei.

Der Ausschuss begrüßt die Ankündigung der Ministerin als Stiftungsratsvorsitzende, den nach dem Errichtungsgesetz geforderten Bericht jeweils zur Jahresmitte vorzulegen, und kommt überein, einen Besuch auf Schloss Gottorf im Auge zu behalten, aber nicht in nächster Zeit zu realisieren.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**a) Machbarkeitsstudie zur Ausweisung des Gebietes des Nationalparks  
Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer als Weltkulturerbe**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/1249 Abs. 2 und 3

**b) Machbarkeitsstudie zur Ausweisung des Gebietes des Nationalparks  
Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer als Weltkulturerbe**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/1354

hierzu: Umdruck 15/1698

(überwiesen am 15. November 2001 an den Umweltausschuss und den Bildungsausschuss)

Der Ausschuss fasst ins Auge, sich mit der Thematik in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Umweltausschuss nach dessen Reise in die Niederlande im April 2002 unter Hinzuziehung von Professor Dr. Reichstein zu befassen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

### **Entwicklung der Museen in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/1169

(überwiesen am 15. November 2001 zur abschließenden Beratung)

Auf eine Frage von Abg. Schwarz erwidert M Erdsiek-Rave, den Museumsbegriff habe man unter Berücksichtigung der Diskussion über die Erweiterung der Museumsdefinition weit gefasst (Tierpark Neumünster, Multimar Wattforum). Die Besucherzahlen der Museen würden für das gesamte Bundesgebiet nach einheitlichen Kriterien erhoben.

Auf Fragen von Abg. Dr. Klug erwidert Dr. Sydow, nach Auflösung des Museumsamtes empfehle man, die Museumskompetenz auf der regionalen Ebene zu stärken (allerdings nicht institutionell). Man bemühe sich, die Öffentlichkeitsarbeit für die Museen im Lande zu verstärken (Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag, „Kieler Nachrichten“).

Auf eine weitere Frage von Abg. Dr. Klug sagt M Erdsiek-Rave zu, in Sachen Schloss Glücksburg in der nächsten Sitzung zu berichten. Auf eine Frage von Abg. Weber zum Jüdischen Museum in Rendsburg, dessen Besuch sie den Ausschussmitgliedern ans Herz legt, teilt sie mit, es gebe keine Überlegungen, weitere Einrichtungen in die Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen zu integrieren. Auf eine Frage von Abg. Birk zur Gründung einer Bürger-Stiftung für die Gedenkstätten in Schleswig-Holstein, deren Gründungsdokumente am 25. Februar 2002 unterzeichnet würden, sagt sie einen schriftlichen Bericht zu.

Eine weitere Frage von Abg. Birk zur Völkerkunde beantwortet Dr. Sydow dahin, man ermutige die Stadt Lübeck, die Völkerkunde thematisch in Lübeck zu konzentrieren und durch Gründung einer Stiftung zu stärken.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.



Punkt 5 der Tagesordnung:

### **Stand und Perspektiven von Denkmalschutz und Denkmalpflege in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/1320

(überwiesen am 16. November 2001 zur abschließenden Beratung)

Abg. Schwarz wiederholt ihre im Landtag vorgebrachte Anregung, darüber nachzudenken, wie in anderen Bundesländern Denkmallisten zu erstellen, in denen alle zur Eintragung ins Denkmalschutzbuch vorgesehene Denkmale erhoben und im Amtsblatt veröffentlicht würden.

M Erdsiek-Rave macht darauf aufmerksam, dass solche Denkmallisten keinerlei rechtliche Qualität hätten und eine Änderung des geltenden Verfahrens eine Änderung des Denkmalschutzgesetzes voraussetze.

Auch Abg. Dr. Happach-Kasan lehnt die Erstellung von Denkmallisten aus rechtlichen und personellen Gründen ab. Auf eine Frage zur Anzahl der eingetragenen Kulturdenkmäler in Lübeck und der Widersprüche dagegen bemerkt Dr. Siewert, in den Zahlen spiegele sich die besondere historische Situation und das besondere Geschichtsbewusstsein der Hansestadt wider.

Abg. Birk hebt den Zusammenhang zwischen Denkmalpflege und Tourismus hervor und erkundigt sich nach entsprechenden Förderprogrammen der EU.

M Erdsiek-Rave teilt mit, dass es kein spezielles EU-Programm zur Förderung der Denkmalpflege gebe. Die Frage der Einstufung der Gedenkstätte Ahrensböök als Denkmal von besonderer Bedeutung werde derzeit geprüft.

Der Vorsitzende macht auf die Bedeutung der Inventarlisten aufmerksam und würdigt in diesem Zusammenhang die für die Städte Kiel und Flensburg herausgegebenen Bände „Kulturdenkmale in Schleswig-Holstein“.

Abg. Dr. Happach-Kasan regt an, der Ausschuss möge einmal das Landesamt für Denkmalpflege und die Landesbibliothek nach ihrem Umzug in den Satorispeicher besuchen.

Der Ausschuss nimmt auch diesen Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

### **Ausschussreise**

Der Ausschuss beschließt, nach den Kommunalwahlen im Jahr 2003 eine einwöchige Ausschussreise nach Südschweden durchzuführen und dort Schulen und Hochschulen zu besuchen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

### **Kosten von Klassenfahrten**

hierzu: Schreiben von Gymnasiallehrer Wolfgang Hell vom 9. Dezember 2001

Wenngleich der Ausschuss die Kritik und Problematik kostenträchtiger Klassenfahrten teilt, spricht er sich dagegen aus, seitens der Schulaufsicht einen Kostenrahmen für Klassenfahrten vorzugeben. Vielmehr solle die Schulkonferenz über die Durchführung von Klassenfahrten entscheiden.

M Erdsiek-Rave weist auf die entsprechende Formulierung in der Richtlinie für Schulausflüge hin, die zurzeit überarbeitet, im Februar im Landesschulbeirat verabschiedet und auf Wunsch von Abg. Birk dem Ausschuss zugeleitet werde: „Über Grundsätze für Schulausflüge - Dauer, Ausgestaltung, Kosten - entscheidet die Schulkonferenz im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.“ Diskussionen über „Luxusreisen“ gebe es immer wieder; konkrete Beschwerden lägen dem Ministerium allerdings nicht vor.

Abg. Dr. Höppner appelliert an die Schulträger, eine entsprechende Haushaltsstelle einzurichten, in die Beiträge oder Zuschüsse für Klassenfahrten gezahlt und aus der einkommensschwache Familien finanziell unterstützt werden könnten, um so auch Kindern aus einkommensschwachen Bevölkerungsschichten die Teilnahme an Klassenfahrten zu ermöglichen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Altersteilzeit für beamtete Lehrkräfte in Nordschleswig**

(Fortsetzung der Beratung vom 17. Januar 2002)

hierzu: Umdrucke 15/1783, 15/1864, 15/1877

Abg. Weber bringt den Beschlussvorschlag Umdruck 15/1877 ein.

RL Lack führt aus, für in Nordschleswig tätige beurlaubte schleswig-holsteinische Lehrkräfte würden Richtlinien gelten, die in Abstimmung zwischen dem Bund, dem Staat Dänemark und dem Land Schleswig-Holstein erstellt würden, in denen sich das Land zur finanziellen Gleichstellung bereit erklärt habe (Beihilfe, Unfallfürsorge u.a.) und die nicht von einer Seite ohne vorherige Abstimmung geändert werden dürften. Zudem würden die Teilzeitregelungen inklusive Altersteilzeit nur für aktiv im Landesdienst Beschäftigte mit Dienstbezügen und nicht für beurlaubte Beamte gelten. Nach Beendigung einer befristeten Tätigkeit im Auslandsschuldienst - damit greift sie eine Frage von Abg. Birk auf - trete die Lehrkraft den schleswig-holsteinischen Schuldienst wieder in dem Status an, den sie vor der Beurlaubung innegehabt habe.

Einstimmig folgt der Ausschuss dem Beschlussvorschlag von Abg. Weber, Umdruck 15/1877, und fasst folgenden Beschluss:

„Der Bildungsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages bekundet seine Auffassung, dass bei allen künftig zu treffenden Regelungen hinsichtlich der Altersteilzeit Lehrkräfte im schleswig-holsteinischen Landesdienst, die für eine Tätigkeit an deutschen Schulen in Nordschleswig beurlaubt sind, keine Schlechterstellung gegenüber Lehrerinnen und Lehrern erfahren, die an Schulen in Schleswig-Holstein tätig sind.“

Für die Lösung der Problematik der „Altfälle“, auf die der Landtagspräsident in seinem Schreiben vom 31. Januar 2002 aufmerksam gemacht hat (Umdruck 15/1864), sieht der Ausschuss nach den Ausführungen des Ministeriums keine Möglichkeit.

Punkte 9 und 10 der Tagesordnung:

**Bericht über die Genehmigung des Studienganges „Life-Science-Management“ an der Fachhochschule Flensburg**

und

**Regionale Berufsbildungszentren (RBZ) - Stand des Verfahrens, Darstellung der Stellungnahmen der einzelnen Verbände in schriftlicher Form (Nennung von Daten bezüglich Anhörungsende zu der Konzeptstudie der Landesregierung und Bewerbungsende für die Beruflichen Schulen zwecks Teilnahme am Pilotprojekt RBZ)**

Der Ausschuss beauftragt das Ministerium, zu diesen beiden Tagesordnungspunkten schriftlich Stellung zu nehmen.

Punkt 11 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die Diskussion zum Thema **PISA** in der Ausschusssitzung am 25. April 2002 mit dem Komplex **Lehrerbildung** (CDU-Antrag Drucksache 15/1196) aufzunehmen und gegebenenfalls Experten zu der Beratung hinzuzuziehen.

Punkt 12 der Tagesordnung:

**Eingabe 620-15-c**  
**Schulwesen; Schwerbehindertenvertretung**

Schreiben des Eingabenausschusses vom 23. Oktober 2001  
interner Umdruck 15/1560

Der Ausschuss berät diesen Tagesordnung gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 2 LV i.V.m. § 17 Abs. 1 Satz 2 GeschO nicht öffentlich (siehe nicht öffentlichen Teil der Niederschrift über die 22. Sitzung des Bildungsausschusses).

Der Vorsitzende, Abg. Dr. von Hielmcrone, schließt die Sitzung um 16:15 Uhr.

gez. Dr. Ulf von Hielmcrone

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer